



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Allgemeines: Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 13. Mai 2025

Verschiedenes

Protokollnotiz Nr. 0056

1. Stv. Hoffmann-Fessner teilt mit, dass für die nächste Sitzung am 24.06.2025 Frau Prof. Tritt (Ärztliche Direktorin der DKD) eingeladen ist, die zu Fragen zur Situation der HSK Helios-DKD Klinik zur Verfügung steht.
2. Stv. Hoffmann-Fessner informiert über den Ablauf der Sitzung am 24.06.2025 betr. der Pläne für den Gesundheitsstandort Aukamm sowie den Stand des Masterplans Gesundheit:

Mit Frau Gabriel vom Planungsausschuss wurde besprochen, dass vor und außerhalb der regulären Ausschusssitzungen am 24.06.2025 von 16.30 Uhr bis maximal 17.30 Uhr dazu eine Informationsveranstaltung für beide Ausschüsse stattfinden wird (im STVV-Sitzungssaal). Danach finden ab 17.30, jeweils separat, die regulären Ausschusssitzungen statt. Frau Tausendpfund (EGW) wird auch daran teilnehmen. Herr Morbe (Amt 16) wird sie noch mal über den Ablauf informieren.

3. Frau Stadträtin Löbcke teilt folgendes mit:

Initiativbericht zum Sachstand Beratungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen

Ich möchte Sie noch kurz zu einem Thema informieren, welches hier vor einiger Zeit als Bitte an mein Dezernat formuliert wurde. Es ging dabei um die Frage der wohnortnahen medizinischen Versorgung im Bereich der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Wie Sie sicherlich wissen gibt es auch in Wiesbaden das Problem, dass sich viele Arztsitze in den innenstädtischen Bezirken ballen und insbesondere die sozial benachteiligten Quartiere oder städtischen Randregionen kaum noch wohnortnahe Arztpraxen bieten können.

Dazu habe ich persönlich und für mein Dezernat Herr Völker auf der Arbeitsebene konkrete Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen geführt.

Als Ergebnis kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Die oft hier geäußerten Wünsche nach mehr Arztsitzen bzw. einer Verkleinerung der Planungszuschüsse werden aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Vorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses durch die KVH klar verneint. Wiesbaden ist gemäß der G-BA-Vorgaben in allen Bereichen medizinisch überversorgt. Das mag in der Bevölkerung anders wahrgenommen werden, statistisch ist es aber ein Fakt.

Dennoch hat die KVH Verständnis für unsere Anmerkungen gezeigt und hat angeboten uns bei der besseren Verteilung der Arztsitze zu unterstützen. Das heißt, die KVH will dafür werben, dass Arztsitze aus der Innenstadt in schlechter versorgte Gebiete umziehen, dies auch mit Umsatzgarantien absichern etc. Dafür wird aber im Gegenzug erwartet, dass es hierzu einen breiten Konsens in der Stadtverordnetenversammlung gibt, der auch mittels eines Beschlusses dokumentiert wird. Ich weiß, dass die Kooperation bereits an einer Vorlage arbeitet. Zweitens ist die Stadt aufgefordert, dass wir die Ansiedlung auch aktiv begleiten und unterstützen. Das kann beispielsweise bedeuten, dass bei der Planung neuer Quartiere barrierefreie Arztpraxen direkt mitgedacht werden oder dass städtische Immobilien in bestehenden Quartieren entsprechend aufgestellt werden. Das kann Unterstützung bei der Verhandlung mit Vermietenden bedeuten und vieles mehr. Hier würden wir gern nach einem Beschluss von ihrer Seite eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe bilden, um diese Themen zu identifizieren und zusammen mit der KVH näher zu beleuchten.

Ich will Ihnen nicht verhehlen, dass das ein langer Prozess werden dürfte. Aber im Rahmen der aktuellen bundesgesetzlichen Regelungen ist es unsere einzige Chance hier Schritt für Schritt voranzukommen. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Wiesbaden, .05.2025

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende